

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

5.8.1931 (No. 180)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. W. Mendel  
Karlsruhe

Expedition:  
Karls-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Wesungpreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Geschäftsstelle: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infizent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geistesgeschichte, Badische Wochenschriften, Antizipische Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Rundfunkrede des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Dienstagabend im Rundfunk die angekündigte Rede. Sie wurde, wie mitgeteilt, in englischer Sprache auch nach Amerika übertragen, und in der ganzen Union verbreitet.

Der Kanzler ging in seinen etwa 45stündigen Ausführungen aus von seiner letzten Rundfunkrede vor 6 Wochen, als noch das ganze deutsche Volk unter dem Eindruck des Hoover'schen Schrittes gestanden hat. Damals habe er schon vor der Illusion gewarnt, daß man durch die Annahme des Planes über die uns bedrängende Not hinweg sei. Das deutsche Volk habe aber die über alle Schichten hereingebrochene schwere Prüfung mit vorbildlicher Ruhe über sich ergehen lassen, seinen natürlichen Sinn für Ordnung bewahrt und damit die verdiente Anerkennung der ganzen Welt gefunden. Der Kanzler gab sodann einen Überblick über die Geschäftsergebnisse der letzten 6 Wochen nach Inkrafttreten des Hoover-Plans, dessen mehrwöchige Verzögerung allerdings auch schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt habe.

Die in diesen Wochen erfolgten Abziehungen kurzfristiger Anleihen in Milliardenhöhe bei den deutschen Banken habe für unsere Volkswirtschaft einen gefährlichen und plötzlichen Blutverlust bedeutet. Starke Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens seien die naturgemäße Folge gewesen. Ein bedeutender Fortschritt sei aber als Ergebnis dieser Krise unverkennbar, nämlich die Erkenntnis, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgenwirkungen auch im Ausland bleiben könnten. Hierbei sei die Reichsregierung sich bewußt, welche wichtige Rolle der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zufalle. Hoffentlich werde die Reichsregierung in einiger Zeit den in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausch bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in treuherziger Weise fortsetzen können. Die Ergebnisse dieser Besprechungen seien nur der erste Schritt auf dem Wege einer dauernden internationalen Kooperation.

Der Kanzler kam sodann auf das Ergebnis der Londoner Konferenz zu sprechen und meinte, eine durchgreifende Finanzhilfe großen Stils sei einzuweisen noch nicht erreicht. Eine große Auslandsanleihe liege aber augenblicklich und für geraume Zeit außerhalb der realpolitischen Möglichkeiten. Daher sei vorerst Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen in seine eigene Kraft angewiesen.

In diesem Zusammenhang erläuterte Dr. Brüning eingehend die technischen Sanierungsmaßnahmen, die am vergangenen Samstag einen gewissen Abschluß gefunden hätten. Ein wesentliches Glied in der Kette dieser Maßnahmen sei die Schaffung der Akzept- und Garantiebank gewesen. Der Kanzler befandete nochmals die Entschlossenheit der Reichsregierung, volkswirtschaftlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit entgegenzutreten und auch dafür zu sorgen, daß die erzwungenen Maßnahmen bei aller Schärfe ihrer Durchführung nicht wirtschaftsstörend wirken. Alles das, was angeordnet sei, habe mit Inflationsgefahr nicht das mindeste zu tun. Deutschland leide keineswegs an einem Mangel an umlaufenden Zahlungsmitteln. Bares Geld aber jetzt in einem Augenblick zu beanspruchen, wo es nicht unbedingt nötig wird, sei ein Ausfluß ungebührlicher Nervosität oder nicht wirtschaftlich richtigen Denkens.

Was die Sparmassen angehe, so habe die Reichsregierung und die Reichsbank in voller Übereinstimmung mit der Deutschen Girozentrale und den Sparkassen alles vorbereitet, um auch bei den Sparmassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen. Selbstverständlich könne die Reichsregierung nicht darauf verzichten, Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechts vorzubereiten. Die Reichsregierung nehme für sich nicht die Unfehlbarkeit in Anspruch. Sie sei aber in den schweren Stunden bestrebt gewesen, in allen Punkten das Beste zu tun. Für die Aufgaben und Entschlüsse, vor die sie sich gestellt sah, habe es in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele gegeben. Alles in allem genommen, sei das Ziel erreicht, daß vom Mittwoch an die Voraussetzungen für einen normalen Wirtschaftskreislauf gegeben seien.

Fremde Hilfe bekomme nur der, der sich selbst zu helfen wisse. Sehe die Umwelt, daß kraftvolles Selbstbemühen in den schweren Stunden bei uns sich steigere, so zweifle er nicht, daß die Fortsetzung der internationalen Verhandlungen zur Erschließung zusätzlicher Kraftquellen in der Weltwirtschaft führen werde.

Zum Schluß beschäftigte sich Dr. Brüning noch mit dem Volkseinstand zur Auflösung des Reichstags, und erklärte, daß man ihn, den Reichskanzler, nicht an der Wahlurne sehen werde. Nicht Vorankündigung der parteipolitischen Gegenstände sei das Gebot der Stunde, sondern Fruchtbarmachung in einer diese Gegenstände überbrückenden schöpferischen Synthese.

### Die amerikanische Presse

W.B. New York, 5. August. (Tel.) Die Morgenblätter bringen die gestrige Rede Dr. Brüning's in vollem Text, wobei die „Times“ in einem mit dem Titel „Deutschland hilft sich selbst“ überschriebenen Leitartikel die Fortschritte hervorhebt, die das deutsche Volk bereits hinsichtlich der Erholung von der

### Letzte Nachrichten

#### Die Londoner Stillhalteverhandlungen

Die holländischen u. schweizerischen Kreditgeber W.B. London, 5. Aug. (Tel.) Zu den Verhandlungen über die Erhaltung der kurzfristigen Kredite in Deutschland, die nach den Besprechungen in Paris seit gestern von Herrn Schlieper von den Deutschen Bank mit Vertretern der Gläubiger aus den übrigen Ländern in London geführt werden, meldet „Manchester Guardian“:

Während die englischen Gläubiger bereit sind, den einfachen Plan des Berliner Abkommens anzuwenden, ohne Forderungen für eine Spezialbehandlung zu erheben, ist die Annahme von Seiten einiger amerikanischer Banken bedingter. Schwierige Auseinandersetzungen sollen telephonisch zwischen London und New York stattgefunden haben. In den Verhandlungen nahmen in London außer Herrn Schlieper und Vertretern der englischen Gläubiger auch Vertreter der schweizerischen, holländischen und französischen Gläubiger, in New York der Ausschuss der New-Yorker Banken, der mit den Gläubigerausschüssen in den anderen amerikanischen Städten in Verbindung steht, teil.

Einige amerikanische Banken sollen bereit sein, die sechsmonatige Suspension der Rückzahlungen vorbehaltlos anzunehmen, während andere den Termin für zu lang halten. Die Höhe der für die suspendierten Zahlungen zu bezahlenden Zinsen ist ein weiteres Problem. Die schweizerischen Vertreter verlangen das Recht, ihre Markdepots von Deutschland nach Belieben zurückzugiehen und weisen darauf hin, daß im Falle der österreichischen Kreditanstalt auch nur die ausländischen Guthaben in ausländischer Währung und nicht die in österreichischer Währung gegen Rückziehungen geschützt waren. Sie wünschen ferner das Abkommen vollkommen auf Bankkreditoren zu beschränken und es allen übrigen Gläubigern freizustellen, ihre Guthaben von den deutschen Banken zurückzugeben.

Die „Times“ sagen in ihrem City-Teil, daß die Verhandlungen befriedigend fortgeschritten. Die schweizerischen und holländischen Banken hätten sich noch nicht endgültig entschlossen, dem Beispiel der Engländer und Amerikaner zu folgen, aber ihre Mitarbeit sollte in kurzer Zeit in ihrem eigenen Interesse erzielt werden. Es ist von Bedeutung, so schließen die „Times“, daß sie einsehen, daß die Wiederherstellung der deutschen Finanzen von der vollen Mitarbeit aller interessierter Parteien abhängt.

#### Auch nach Freigabe normaler Zahlungsverkehr

W.B. Berlin, 5. Aug. (Priv.-Tel.) Die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs bei den Banken hat sich in Berlin völlig normal vollzogen. Die Abziehungen seitens der Rundbank überschreiten nicht das erwartete Ausmaß, zum Teil erweist sich die Vorverforgung mit größeren Geldbeträgen als zu reichlich, so daß entsprechende Beträge der Reichsbank wieder zur Verfügung gestellt werden können.

Aus dem Reich liegen ebenfalls Nachrichten vor, die darauf schließen lassen, daß auch dort die Wiederaufnahme des vollen Bankbetriebs reibungslos erfolgt.

#### Ausland und Devisenkontrolle

Die Begründung der Maßnahmen Die durch die große Entziehung ausländischer Werte entstandene Verknappung an Devisen hat zu einer strengen Erfassung der noch vorhandenen Bestände gezwungen, um die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit den erforderlichen Nahrungsmitteln und Lebensmitteln aus dem Ausland zu sichern. Wenn nun im Ausland gewisse Beunruhigung gegenüber der deutschen Devisenkontrolle entstanden ist, so sollte man dort berücksichtigen, daß gerade von ausländischer Seite immer wieder solche Maßnahmen gegen die übrigen immer überschätzte Kapitalflucht gefordert worden sind.

Eine scharfe Devisenkontrolle ist — wie aus Berlin mitgeteilt wird — aber auch nötig im Interesse der ausländischen Gläubiger, die sich im Rahmen der Stillhalteaktion entschlossen haben, ihre kurzfristigen Gelder in Deutschland zu lassen, gegenüber den ausländischen Gläubigern, die glauben, sich dieser Aktion nicht anschließen zu sollen. Endlich ist eine gewisse Doppelfelgung der Devisenabgaben im Interesse einer Aktivierung der deutschen Handelsbilanz notwendig. Es ist aber selbstverständlich, daß Deutschland hier nicht bürokratisch vorgehen wird, sondern auf die Erfordernisse des Auslandes Rücksicht zu nehmen gewillt ist. Die Devisenkontrolle richtet sich also in keiner Weise gegen das Ausland, sondern ist eine zwingende Folge der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftslage.

plötzlichen Panikstimmung und der Maßnahme zur Behebung der Finanzkrise gemacht habe. „Gerald Tribune“ und „Times“ melden ferner im Zusammenhang mit den gestrigen Bankierkonferenzen, man erwarte in hiesigen Bankkreisen, die Baseler Konferenz werde eine Revision des Young-Plans empfehlen.

### \*Die Kanzlerrede

Es war ein recht glücklicher Gedanke des Reichskanzlers, am Tage vor der Wiederherstellung des freien Rassenverkehrs eine für die Öffentlichkeit des In- und Auslandes bestimmte Rede zu halten, deren ganz offenkundiger Zweck ist, den Fonds an Vertrauen, auf den wir gerade in dieser Zeit angewiesen sind, weiterhin zu festigen und zu stärken. Kein billiger Denker wird nach der Lektüre der Brüning'schen Rede bestreiten wollen, daß dieser Zweck erreicht worden ist.

Wenn sich auch in den letzten Wochen Beobachtungen machen ließen, die der wirtschafts- und finanzpolitischen Vernunft eines Teils unserer Bevölkerung ein recht schlechtes Zeugnis ausstellten, so ist es doch durchaus richtig, daß das deutsche Volk, wie der Kanzler gestern betonte, die über alle Schichten hereingebrochene, schweren Prüfungen im ganzen mit vorbildlicher Ruhe über sich ergehen ließ und seinen natürlichen Sinn für Ruhe und Ordnung in einer Weise bewahrt, die allenthalben die verdiente Anerkennung gefunden hat. Gestützt auf eine solche Geistesverfassung unseres Volkes, wird die Reichsregierung — das ist der klare Eindruck, der sich aus den Worten Brüning's ergibt — zielbewußt in ihrer Arbeit fortfahren, Deutschland aus dem Strudel der Wirrnisse heraus- und einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Und, wenn erst einmal die dringend notwendigen Maßnahmen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete beschloffen und verwirklicht sind, wird sich auch die Sanierung der Wirtschaft ermöglichen lassen. Ist diese Sanierung doch die wichtigste Voraussetzung für eine wirkliche und dauerhafte Besserung der Lage!

Die Rede des Kanzlers enthält mancherlei, besonders bedeutsame Stellen. So zunächst die Erklärung, daß heutzutage die Geschicke der Völker so eng miteinander verflochten sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgenwirkungen für das Ausland bleiben können. Natürlich hat der Kanzler, dem es vor allem darauf ankommt, die nach Frankreich führenden Brücken noch tragfähiger zu machen, in diesem Zusammenhange nicht darauf hingewiesen, daß es schließlich die französische Politik gewesen ist, welche die Krisis über uns heraufbeschwor. Er hat lediglich davon gesprochen, daß die mehrwöchige Verzögerung des Hooverplans schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat, und daß die Zurückziehung ausländischer Kredite in Milliardenhöhe für unsere Volkswirtschaft einen plötzlichen und gefährlichen Blutverlust bedeutete. Er hat die Schädigung als solche festgestellt, aber aus sehr begreiflichen Gründen nicht gesagt, wem wir diese Schädigungen zu verdanken haben.

Diese Zurückhaltung ist um so klüger, als sich in den letzten Tagen ganz zweifellos eine Entspannung auf dem Geldmarkt bemerkbar macht. Die Stillhalteverhandlungen sind von Erfolg gekrönt gewesen. Und sie hätten es nicht sein können, wenn Frankreich sie sabotiert hätte. Und ebenso hat Frankreich sich nun doch herbeigelassen, England den gewünschten Kreditkontext zu gewähren. Dadurch wird die Gefahr, daß auch England gezwungen sein könnte, kurzfristige Kredite aus Deutschland abzurufen, fürs erste gebannt. Frankreich hat sich wahrscheinlich in der Zwischenzeit gewisse Mahnungen von amerikanischer und englischer Seite zu Herzen genommen und seiner an und für sich noch immer ganz anders gearteten Politik den Entschluß zu einer etwas maßvolleren Taktik abgerungen.

Daß diese maßvollere Taktik durch eine Fortsetzung des in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausches nur gefördert werden kann, versteht sich von selbst. Der Reichskanzler verpflichtet sich in dieser Hinsicht von dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin Gutes für die Zukunft. Die Ergebnisse solcher außenpolitischen Besprechungen seien gewiß nur die ersten Schritte auf einem Wege, aber am Ende dieses Weges könnte, wenn es nach uns ginge, eine dauerhafte, internationale Kooperation stehen. Jedenfalls ist der Reichskanzler entschlossen, auch trotz gelegentlichen Enttäuschungen auf dem nun einmal beschrittenen und allein aussichtsreichen Wege der Verständigung weiterzugehen. Sicherlich wird auch unserer Meinung nach dieser Weg zum Ziele führen, wenn Frankreich seine Bedeutung richtig einschätzt und seine eigene, im wesentlichen auf Herrschaft und Machtentfaltung abgestellte Politik modifiziert.

Was die große Finanzhilfe für Deutschland anlangt, so hat auch der Kanzler mit allem Nachdruck erklärt, daß eine große Auslandsanleihe augenblicklich und für gewisse Zeit außerhalb der politischen Möglichkeit liegt. Deutschland und seine Wirtschaft sind also auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen zur eigenen Kraft angewiesen. Natürlich wird sich Deutschland nun nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben. Dazu bedarf Deutschlands Wirtschaft bereits zu sehr der engen, handelspolitischen Zusammenarbeit mit dem Ausland.

Der Kanzler berichtete dann über die Sanierungs- und Stützungsmaßnahmen, welche die Reichsregierung in den letzten Wochen getroffen hat. Von großer Bedeutung ist seine einwandsfreie Feststellung, daß all diese Maßnahmen mit einer Inflationsgefahr nicht das Mindeste zu tun haben, daß im Gegenteil ja das Geld rarer geworden ist und damit seine Kaufkraft steigt. Es wäre also unklug, von seinen Guthaben viel abzuhelien. Jeder wird froh sein, überhaupt ein Guthaben zu besitzen. Und der Wert der deutschen Reichsmark ist ja völlig unerschüttert. Die Hoffnung ist durchaus begründet, daß unser Volk in der richtigen Selbstbestimmung auf seine Kraft und Würde selber an der Gesundung des Zahlungskreislaufes mitarbeiten wird.

Wichtig ist weiterhin der Satz, in welchem der Reichskanzler betont, das Eingreifen der Reichsregierung zur Stützung der beiden in Schwierigkeit geratenen Großbanken sei eine ausgesprochene Mittelstandsmaßnahme gewesen, da die Gläubiger, die bei einem Zusammenbruch jener Banken zu Schaden gekommen wären, sich in der Hauptsache aus Angehörigen der mittleren und kleinen Wirtschaftskreise zusammensetzen. Selbstverständlich könne die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechtes vorzubereiten. Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet habe einschalten müssen, könne er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben. Solche Maßnahmen vorbeugender Art (Aufsichts- und Kontrollrechte der Regierung) sind bekanntlich in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten gefordert worden.

Zum Schluß seiner außerordentlich wirkungsvollen Rede hat der Reichskanzler dann noch betont, daß die Reichsregierung gewiß nicht für sich die Unfehlbarkeit in Anspruch nehme, daß sie auch nicht behaupte, in allen Punkten und in jedem Augenblick das Beste getan zu haben, daß sie aber auch vor beispiellose Probleme gestellt worden sei, und daß sie alles in allem doch ihr Ziel erreicht habe, nämlich von heute, vom 5. August ab, die Voraussetzungen für einen normalen Wirtschaftskreislauf des Geldes und der Güter zu schaffen. Zweifellos werde mit der Zeit die Fortsetzung der internationalen Verhandlungen zur Erschließung zusätzlicher Kraftquellen aus der Weltwirtschaft für uns führen. Notwendig sei und bleibe aber im Innern die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die Frage, wie sich der Reichskanzler zum preußischen Volksentscheid stelle, hat er damit beantwortet, daß man ihn nicht an der Wahlurne sehen werde.

### Kleine Chronik

Die englische Fliegerin Amy Johnson, die am Dienstag von Tschita nach Chargin startete, mußte unterwegs wegen Brennstoffmangels in Kharlar, zwischen Tschita und Chargin, notlanden. Amy Johnson beabsichtigt, heute nach Chargin weiterzufliegen.

In Halle wurde ein Polizeibeamter, als er drei Männer zur Ruhe verwies, von diesen angegriffen. Der Beamte mußte schließlich von seiner Schutzweste Gebrauch machen, wobei einer der Angreifer so schwer verletzt wurde, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

In Berlin wurde der kommunistische Schriftsteller Johannes Wink verhaftet, der im Verdacht steht, am 1. August bei den Unruhen in der Frankfurter Allee den Polizeihauptwachmeister Diebig durch einen Schuß schwer verletzt zu haben.

An der Kreuzung der Brandenburgischen Straße in Berlin verlangte ein Verkehrsschutzmännchen zur Feststellung der Personalien die Ausweise eines Herrenschafters. Der Fahrer, der angeblich der ägyptische Gesandte Dr. Hassan Nohat Kasha zu sein, kam dieser Aufforderung nicht sofort nach und schleuderte schließlich dem Polizisten die Papiere ins Gesicht. Der Beamte will korrekt gehandelt haben. Im übrigen wurde festgestellt, daß schon einmal ein ähnlicher Vorfall mit dem ägyptischen Gesandten sich abgespielt haben soll.

Der Magensfurter Kommunistenführer Rodus Kersch hat sich in seiner Wohnung erschossen. Als die Ursache seiner Tat werden die Zusammenstöße am Samstag in Magensfurt vermutet, mit denen Kersch nicht einverstanden gewesen sein soll.

Vier Männer, die zwei Jahre lang auf der Insel Jampbell im südpazifischen Ozean gelebt hatten, sind von einem Dampfer entdeckt und nach Neuseeland gebracht worden. Die „Robinsons“ hatten sich, nachdem im November ihre Vorräte an Mehl und anderen Lebensmitteln ausgegangen waren, nur von Fischen und gelegentlich etwas Fleisch genährt und waren, als man sie auffand, in ziemlich erschöpftem Zustande. Die Jampbell-Insel liegt 150 englische Meilen südlich von Neuseeland und hat eine Ausdehnung von ungefähr 50 Kilometern.

Seimatspiele in Buchen. Das Buchener Festspiel „Der Stadtvogt von Buchen“, das eine geschichtliche Begebenheit des Jahres 1381 zur Darstellung bringt, ist in Vorbereitung und unter Leitung des Verfassers sowie der Herren W. Fertia und M. Degelmann. Da „Der Stadtvogt von Buchen“ als Freilichtspiel gedacht ist, mit dem freien Raum vor dem alten Rathaus als Schauplatz, wird sich wegen der im September meist einkehrenden kalten Witterung für diesen Herbst wohl keine Aufführung mehr ermöglichen lassen.

## Verfälschung der fürsorgerechtl. Vorschriften

### Leistungen der Fürsorgeverbände grundsätzlich nur Vorschüsse

Die 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni d. J. enthält neben Leistungsfürzungen im Versorgungswesen und in der Arbeitslosenversicherung sowie Sparanordnungen in der Wohlfahrtspflege eine ganze Reihe von wichtigen fürsorgerechtl. Vorschriften, durch welche die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen wesentlich verschärft sind. Da diese Vorschriften in der Öffentlichkeit bisher nicht bekanntgemacht wurden, seien sie nachstehend in ihren Grundzügen wiedergegeben.

Jeder Unterstützte ist künftig verpflichtet, dem Fürsorgeverband die aufgewendeten Kosten zu ersetzen. Mit dieser Bestimmung ist nunmehr gesetzlich festgelegt, daß die Leistungen des Fürsorgeverbandes, von Ausnahmebestimmungen abgesehen, grundsätzlich nur als Vorschuss angesehen werden können, der in allen in Frage kommenden Fällen wieder zum Rückerhalt kommen muß. Die Verpflichtung zum Rückerhalt gilt nicht nur gegenüber dem Unterstützten selbst, sondern auch gegenüber den Erben. Der Erbe kann gegen den Erbschaftspräsidenten die Einrede erheben, daß der Unterstützte zur Zeit seines Todes dem Fürsorgeverband verweigern konnte. Auch wenn der Erbe selbst laufend in öffentlicher Unterhaltung steht, ist der Fürsorgeverband berechtigt, seine Verbringung aus dem ihm zur Sicherung verpfändeten oder übergebenen Gegenständen zu suchen.

Jeder Fürsorgeverband, der einen Hilfsbedürftigen unterstützt hat, kann künftig, falls der Hilfsbedürftige Nachschüsse gegen Dritte auf Unterhalt hat, verlangen, daß diese Nachschüsse Dritter zum Ersatz auf ihn übergehen. Es genügt hierzu eine schriftliche Anzeige an den Dritten. Dieser Anspruch des Fürsorgeverbandes gegen Dritte besteht auch dann, wenn er nicht von der Bedürftigkeit des Unterstützten abhängt. Der Übergang wird weiterhin auch nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Anspruch der Pfändung nicht unterworfen ist. Jeder Fürsorgeverband kann auch einen nach dem bürgerlichen Recht Unterhaltspflichtigen künftig für die Vergangenheit in Anspruch nehmen. Es genügt hierzu ebenfalls die schriftliche Anzeige an den Unterhaltspflichtigen. Der Anspruch des Fürsorgeverbandes gegenüber Drittverpflichteten kann grundsätzlich selbst dann geltend gemacht werden, wenn der Unterstützte trotz vorhandenen (nicht vererbeten) Vermögens oder (außer Anfall gebliebenen) Einkommens unterstützt worden ist.

Da nach dem bürgerlichen Gesetzbuch die Unterhaltspflicht sich nicht nur auf die Eltern und Großeltern, sondern auch auf die Kinder und Enkel bezieht, ist bei entsprechenden Einkommen eines dieser Familienmitglieder damit zu rechnen, daß die vom Fürsorgeverband aufgewendeten Kosten zurückerstattet werden müssen.

Unbeschadet dieser Erbschaftsprüfung hat aber der Fürsorgeverband weiterhin auch einen Anspruch auf Ersatz seiner Leistungen gegen den Ehegatten des Unterstützten. Der Erbschaftspräsident vertritt erst in vier Jahren vom Ablauf des Jahres an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Angeht es die Verschärfung der Vorschriften, insbesondere der nunmehr gesetzlich festgelegten sehr weitgehenden Erbschaftspflicht nicht nur des Unterstützten selbst, sondern auch seiner Angehörigen und Erben, müssen es sich alle Personen sehr überlegen, ob sie die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen wollen. Sie müssen sich vor dieser Inanspruchnahme genau bewußt werden, daß die Leistungen der Öffentlichkeit grundsätzlich nur als Vorschuss in Frage kommen, der in allen oben erwähnten Fällen in voller Höhe zurückerstattet werden muß. Dem die Fürsorgeämter werden angesichts der ungenügenden Finanzlage in der Zukunft gezwungen sein, in Anwendung dieser gesetzlichen Handhaben ihre Leistungen wieder zurückzufordern.

Jedem, der irgendwie in der Lage ist, mit seinen Mitteln oder mit Hilfe Bekannter oder Verwandter sein Leben zu fristen, kann nur empfohlen werden, ohne Inanspruchnahme der Öffentlichkeit seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

### „Do-X“ zum Fluge Rio—New York gestartet

Das Flugzeug „Do-X“ ist heute früh 6.30 Uhr zu seinem großen Fluge Rio de Janeiro—New York gestartet. Die erste Zwischenlandung wird es in Bahia vornehmen.

Das Flugzeug hat außer der Post neun Passagiere an Bord, von denen fünf das Flugzeug als Zwischenlandungsplätze verlassen werden. Vier Fahrgäste werden die ganze Fahrt bis New York mitmachen.

### Kurze Nachrichten

Kein Reichsminister geht zum Volksentscheid. Wie der „Vorwärts“ im Zusammenhang mit der Äußerung des Reichskanzlers in seiner Rundfunkrede, man werde ihn am Sonntag nicht an der Wahlurne sehen, erfährt, trifft das Gleiche für alle Reichsminister zu. Der Reichskanzler wie sämtliche Reichsminister lehnen den Volksentscheid aus außen- und innenpolitischen Gründen ab.

Austritte aus der Wirtschaftspartei. Die Abgeordneten des preußischen Landtages Dr. Mohde (Wahlkreis Bessen-Raffau) und von Dettm (Wahlkreis Koblenz-Trier), haben nach dem Abfall der Wahlkreise Bessen-Raffau und Koblenz-Trier der Wirtschaftspartei von der Reichspartei des deutschen Mittelstandes dem Präsidenten des preußischen Landtages ihren Austritt aus der Wirtschaftspartei und aus der Landtagsfraktion mitgeteilt. Sie sind der neugegründeten radikalen Mittelstandspartei beigetreten.

Verbot des „Angriff“. Die Berliner nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist für 3 Tage verboten worden.

Kauf deutsche Ware! Aus Kreisen des deutschen Gartenbaues kommen erneut berechtigte Klagen darüber, daß immer noch eine große Menge Gemüse nach Deutschland eingeführt und dadurch der deutsche Gartenbau geschädigt wird. So wurde im Jahre 1930/31 nahezu die Hälfte der gesamten italienischen Blumenholzerzeugung nach Deutschland importiert. Es wurden 745 000 Doppelzentner Blumenholz gegenüber 313 000 Doppelzentner im Vorjahr eingeführt. Berücksichtigt man, daß die italienische Gesamtproduktion an Blumenholz im ganzen etwa 1,8 Millionen Doppelzentner beträgt, und daß andererseits unsere heimischen Gärtnereien gerade dieses Gemüse nicht absetzen können, so sind die Klagen der deutschen Gärtnerei und ihre Forderungen, daß der ausländischen Einfuhr an Gemüse ein Kegel vorgezogen wird, nur allzu verständlich.

## Badischer Teil Landesversicherungsanstalt Baden

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden gibt soeben den Geschäftsbericht für 1930 heraus. Es ist ein stattliches, interessantes Werk aus dem wichtigen Gebiet der Sozialpolitik, mit einem umfangreichen statistischen Material belegt.

Die Anstalt zählte auf Jahresende 148 Beamte und 103 Angestellte; mit dem Personal der Heilstätten von 197 Köpfen wurden insgesamt 458 Personen beschäftigt. Die Vergütung an die Reichspost für die Rentenauszahlung beläuft die Landesversicherungsanstalt Baden mit jährlich 600 000 Reichsmark. Die Verhandlungen wegen Ermäßigung der Gebühren sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Das Land Baden ist neben dem Freistaat Sachsen eines der wirtschaftlich am schwersten betroffenen Länder, wie sich dies aus dem starken Ansteigen der Arbeitslosenziffer ergibt. Der im Voranschlag für 1930 vorgezeichnete Betrag an Beitragseinnahmen von 38 Millionen Reichsmark wurde nicht erreicht. Die Beitragseinnahmen betrugen 1930: 34 552 206 RM, gegenüber 37 405 137 Reichsmark im Jahre 1929. Bei einem Stande von 5 1/2 Millionen Arbeitslosen im Reiche am Schluß des Berichtsjahres und keinerlei Aussichten auf Behebung der Wirtschaft wird das Jahr 1931 noch weitere Verschlechterungen bringen.

Im einzelnen ist zu bemerken: Die Betriebseinnahmen des Jahres 1930 betragen 39 154 426 RM. Diefen standen an Betriebsausgaben gegenüber für: Rentenleistungen 31 716 095 Reichsmark, Heilverfahren 3 903 846 RM., Verwaltung 2 085 325 RM., zusammen 37 705 267 RM. Es verbleibt somit ein Überschuss von 1 449 159 RM., gegen 10 021 803 RM. Da die außerordentlichen Einnahmen mit 1 666 938 RM. nicht erwirtschaftet wurden, ergibt sich für das Geschäftsjahr 1930 in Wirklichkeit ein Betriebsausfall von 217 779 RM. Der Verwaltungsaufwand betrug im Jahre 1930: 2 085 325 RM. (1929: 1 694 432 RM.). Es kamen ferner auf 100 RM. Einnahmen: 5,57 RM. (1929: 4,24 RM.) an Verwaltungskosten (Reichsdurchschnitt 1929: 4,58 RM.), auf 100 RM. Ausgaben für Renten und Heilverfahren: 5,85 RM. (1929: 5,56 RM.), an Verwaltungskosten (Reichsdurchschnitt 1929: 6,19 RM.). Hiernach erhöhte sich im Jahre 1930 der Verwaltungsaufwand für 100 RM. Einnahmen gegen das Vorjahr um 1,33 RM. Diese Steigerung ist in erster Reihe durch die Verminderung der Beitragseinnahmen infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit verursacht.

Die Heilstätten waren im Berichtsjahr das ganze Jahr hindurch geöffnet und nahezu voll belegt. Es betragen die Verpflegungstage für Kranke: in Friedrichsheim-Luisenheim 141 106 (1929: 147 450), in Nordrach-Kolonie 57 400 (1929: 57 719), in Kirchhalde 22 455 (1929: 20 621).

Ein wesentlicher Bestandteil der seit der Festwahrung angelegten Kapitalien ist wieder wie vor dem Kriege für gemeinnützige Zwecke angelegt worden. Zum Bau von Arbeiterwohnungen sind nach dem Stande vom 31. Dezember 1930 angelegt: 81 Darlehen an Gemeinden: 4 308 295 RM., 83 Darlehen an Bauvereine: 1 400 046 RM., 1929 Darlehen an Versicherte: 6 432 852 RM., zusammen 12 141 193 RM. Ferner wurden 38 Darlehen an verschiedene gemeinnützige Anstalten für Zwecke der Versicherten ausgieblich mit 3 086 617 Reichsmark, zusammen also 15 227 810 RM.

Der Rechnungsabluß für 1930 verzeichnet in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 34,6 Millionen Reichsmark. Das Reinergebnis beziffert sich auf Jahresluß auf 55,1 Millionen Reichsmark und hat sich gegen 1929 um 1,4 Millionen vermehrt. Es fallen hierunter an verzinslichen Kapitalien 45,5 Millionen, an Grundbesitz 10,4 Millionen und an beweglicher Einrichtung rund 857 000 RM., auf Barbestand und Guthaben 2 Millionen Reichsmark.

Dem Vorstand lagen im Jahre 1930 12 990 Invalident- und 8034 Hinterbliebenenrentenanträge vor. 2593 Rentenansprüche gingen unerledigt in das Jahr 1931 über. In 2688 Fällen wurden 1930 die Renten vorläufig versagt. Endgültig festgestellt waren 1930: 8492 Invalidentrenten, 4564 Witwen- und Witwerrenten, 1284 Waisenrenten, zusammen 14 340 Renten. 1924 zählte man 7452 Invalidentrenten, 1006 Witwen- und Witwerrenten, 1143 Waisenrenten, zusammen 9601 Renten. Wegen Wiedereintritt der Erwerbsfähigkeit wurden 1930 insgesamt 934 (1929: 906) Renten entzogen.

Das Anwachsen des Rentenbestandes und Rentenaufwandes geht aus folgenden Zahlen hervor: Invalident-, Kranken-, Altersrenten: von 32 720 i. J. 1912 auf 63 900 i. J. 1930; Witwen- und Witwerrenten: von 104 i. J. 1912 auf 15 733 i. J. 1930; Waisenrenten (Stämme) von 432 i. J. 1912 auf 14 109 i. J. 1930. Renten zusammen von 33 256 i. J. 1912 auf 93 751 i. J. 1930. Die Belastung durch Renten steigerte sich im gleichen Zeitraum von rund 4 Millionen auf 31 Millionen Reichsmark.

Interessante Aufschlüsse gibt der Jahresbericht über die beachtlichen Erfolge des Heilverfahrens.

### Der neue Gesandte in Athen ein Badener

Der Reichspräsident hat, wie gemeldet, den Geheimrat Ernst Eifenlohr zum Gesandten in Athen ernannt. Dr. Ernst Eifenlohr wurde 1886 in Heidelberg geboren. Er ging aus dem badischen Justizdienst hervor. 1911 wurde er in das Auswärtige Amt berufen und dem Generalkonsulat in London zugewiesen. 1912 zum Legationsrat ernannt, wurde er 1913 mit der Leitung des Konsulats in Sao Paulo de Leao beauftragt. Von 1915 an im Geheimsdienst, geriet er 1916 in Kriegsgefangenschaft und wurde nach seiner Rückkehr 1920 zum ständigen Hilfsarbeiter und Legationsrat im Auswärtigen Amt ernannt. Im Oktober 1920 erfolgte seine Ernennung zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Lissabon und 1923 zum Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Belgrad. 1925 wurde er in das Auswärtige Amt einberufen und 1926 zum Vortragenden Legationsrat ernannt. Am 21. Juli 1931 erfolgte seine Ernennung zum Gesandten in Athen.

### Deutsch-französische Friedenskundgebung in Freiburg

Als Auftakt zu dem 11. Internationalen Demokratischen Friedenskongreß, der unter der Leitung von Marc Sangnier, Paris, vom 5. bis 9. August in Konstantin stattfindet, wurde am Dienstagabend in Freiburg eine deutsch-französische Friedenskundgebung veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war. Im Auftrage des Freiburger Friedenskartells begrüßte Prof. Dr. Hauser alle Gefinnungsfreunde, insbesondere den Hauptredner des Abends, Marc Sangnier, der bereits vor acht Jahren zur Zeit des Ruhrkampfes in Freiburgs Mauern weilte und für die Friedensidee gesprochen hat. Nach einer Begrüßungsansprache des englischen, französischen und spanischen Vertreters nahm Marc Sangnier das Wort. Er

...hätte aus, die Franzosen hätten Mitgefühl mit der matz...

### Gemeinderundschau

#### Voranschläge der Gemeinden

Die Gemeinde Schriesheim bei Mannheim ist durch den...

Die Finanzlage der Stadt Bellingen hat sich in den letzten...

Abbaumassnahmen der Stadt Baden-Baden. In der letzten...

Bürgermeisterversammlung des Amtsbezirks Lahr. In Lahr...

In der Kreisversammlung Bellingen wurde der Kreisvor...

### Kurze Nachrichten aus Baden

W. Weinheim, 5. August. Hauptlehrer a. D. Roth, der...

W. Baden-Baden, 4. Aug. Bei dem schweren Gewitter...

W. Baden-Baden, 5. Aug. Durch das starke Hochwasser...

W. Schliengen (Ami Müllheim), 5. Aug. Am Dienstag...

W. Vom Feldeberg, 4. Aug. Die allen Schwarzwaldwan-

\* Konstanz, 5. August. Der Bahnhofs Griechen der Strecke...

### Aus der Landeshauptstadt

#### Aus der Ausstellung „Arbeitsitz u. Arbeitsplatz“

Das Problem einer physiologisch einwandfreien Sitzgelegen-

Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte die 21 Jahre alte...

Der Tod des Nationalsozialisten Billet. Am Pfingstmontag-

Schweres Gewitter über Karlsruhe. Dienstag vormittag...

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Fräulein...

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe...

Wasserstände: Radsbühl 348 minus 4, Basel 159 minus 1...

Waagen aller Art liefert: Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

### Handel und Wirtschaft

Karlsruher Hafenverkehr im Juli. Der Wasserstand des Rheins...

Im Juli 1931 sind im Karlsruher Rheinhafen 99 Güter-

Der Güterverkehr des Karlsruher Rheinhafens war im Juli...

Die Verschlechterung ist zweifellos auf die gewaltige Er-

Die Zahl der Fahrgäste der Dampferfahrten mit dem städt.

M. Baffermann & Cie. AG., Schwetzingen, in Liquidation...

Die Muggenfurter Großplantage hat, der „Bad. Presse“...

Spartassen und Reichsbank. Die W.D.-Handelsbank er-

Zulassung von Schecks der Danatbank im Postfachverkehr...

Keine Liquidation schwebender Engagements im handels-

Für Aufhebung der Ausreisegeld. Der Verband süddeut-

Die Schweiz und die deutsche Reichsmark. Die Deutsche...

PORPHYRWERK DOSENHEIM STRASSENBAU-MATERIAL

Amtsgerichts Vörrach zur Einsicht der Beteiligten...

Karlsruhe, 8.49 Güterrechtsregisterträge...

### Gommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Donnerstag, 6. August 1931 Die lustige Witwe...

Fr. 7. 8. Zum erstenmal: Der lachende Chemann...

N. 598. Vörrach. In dem Konkurs über das Vermögen...

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 31

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 180

5. August 1931

## Steinsfurt und Kronprinz Friedrich von Preußen

Nicht weit von Sinsheim liegt oberhalb an der Elsenz das etwa 1500 Einwohner zählende Dorf Steinsfurt, jetzt vor 201 Jahren der Schauplatz jener ersten Tragödie zwischen dem König Friedrich Wilhelm I. von Preußen und dessen Sohn, dem nachmaligen Friedrich dem Großen. Ein Bauernhaus in dem Dorfe trägt die seltsame Inschrift:

Hier blieb auf seiner Flucht am 3./4. August 1730 Friedrich der Große dem Vaterland erhalten.

Heimliches Interesse gebietet, an der Wiederkehr dieses Tages den Chronisten zu hören.

In der Kurpfalz, in Mannheim, regierte damals Karl Philipp, der wegen Religionsstreitigkeiten 1720 seine Residenz von Heidelberg an den Rhein verlegt hatte. Nun stand diese auch in Jülich und Berg regierende pfalz-neuburgische Kurlinie mit Karl Philipp am Aussterben, und Karl Theodor aus der Linie Pfalz-Sulzbach galt als Nachfolger.

Gestützt auf alte Verträge bestritt aber Preußen ein Erbrecht weiterer pfälzischer Linien und drang im Falle des Ablebens des Kurfürsten Karl Philipp auf den Heimfall der im Jahre 1666 lediglich an die damalige Pfalz-Neuburg zugefallenen jülich-bergischen Lande; es erreichte durch die Verträge von 1726 und 1728 die zugesagte kaiserliche Hilfe, wonach Berg und Ravensberg an Preußen fallen, Jülich aber Pfalz-Sulzbach erhalten bleiben sollte.

Als nun der preussische König im Jahre 1730 im Auftrage des Kaisers die süddeutschen Höfe besuchte, um diese für den Kaiser gegen eine von England beabsichtigte Koalition zu gewinnen, wollte er am kurpfälzischen Hofe die Frage Jülich-Berg nochmals aufrollen. Über Bamberg, Nürnberg, Ansbach, Augsburg, Ludwigsburg ging die Reise nach Heilbronn; von hier nahm man den Weg Sinsheim zu.

Spät am Abend des 3. August traf der Reisezug in Steinsfurt ein, wo der König mit seiner ganzen Reisegesellschaft in Scheunen übernachtete. Mit dem König reiste auch der Kronprinz Friedrich. Aus der Geschichte sind wir zur Genüge über die strenge Erziehung und die schlechte Behandlung des Königssohnes durch den Vater belehrt. Friedrich fühlte sich höchst unglücklich, lebensüberdrüssig, hoffnungslos; und die Briefe an seine Mutter reden von der Entschlossenheit, dem freudlosen Leben auf die eine oder andere Weise ein Ende zu machen. Dazu kam noch, daß sich der Vater den Heiratsplänen des Sohnes und der Mutter entgegenstellte. Mit zäher Ausdauer strebte die Königin nach einer engeren Verbindung der ihr so nahe liegenden Häuser Preußen und England-Hannover. Eine Doppelheirat zwischen ihren beiden ältesten Kindern, dem Kronprinzen Friedrich und dessen Schwester Wilhelmine und den Kindern ihres Bruders Georg II., war der Lieblingsgedanke ihres Herzens, und es gelang ihr in der Tat, die Eheverabredung zwischen den beiden Höfen zustande zu bringen. Doch war der König bereit nur für eine Vermählung Wilhelminens mit dem Prinzen von Wales; der andere Teil des Plans blieb in der Schwebe, „als Gegenstand eines von der Partei der Königin geführten, alle Gegensätze leidenschaftlich aufrührenden, verwegenen Ränkespiels.“ Da aber England die ganze Angelegenheit stets zu politischen Kombinationen ausbeutete und Preußen von sich, als dem mächtigeren Staate, abhängig machen wollte, widerstrebte diese Heirat dem gesunden Sinn des Königs als Freund seines Kaisers.

Friedrich durchlebte Tage qualvoller Spannung; aller seiner Hoffnungen betrogen, reiste in ihm endlich der Plan zur Flucht. Über Frankreich wollte er den Weg nach England nehmen. Die Reise nach Süddeutschland schien dem Vorhaben günstig, und als der Kronprinz zu Steinsfurt gesondert von seinem Vater eine benachbarte Scheune zur Schlafstätte angewiesen bekam, schien er das als eine Fügung des Schicksals anzusehen. Speier und die französische Grenze lagen nahe; in der dritten Morgenstunde hielt sein Page Keith in der Nähe der Scheune mit gekatteten Pferden. Friedrich suchte die Scheune unbemerkt zu verlassen, aber sein Kammerdiener, der wach geworden war, schöpfte Verdacht, weckte den Oberleutnant Rochow, dem die Verantwortung oblag, und die anderen Offiziere, und so sah sich Friedrich gleichsam gefangen gesetzt, ehe die Flucht noch begonnen hatte. Sein fremdländischer Reiterhof, den er sich besonders hatte anfertigen lassen, verriet zur Genüge, was er dorgehabt hatte. Erst in Mannheim, wohin die Reise in den späteren Morgenstunden fortgesetzt wurde, erhielt der König durch Keith, der ihm alles berichtete, Kunde von dem seit langem vorbereiteten Fluchtversuch.

Nach Berlin zurückgekehrt, verlangte Friedrich Wilhelm die Aburteilung seines Sohnes und dessen Helfer durch ein Kriegsgericht. Noch aber glaubte der Kronprinz in seiner Reichtüchtigkeit nicht an den Ernst der Verhandlungen, während die Umgebung des Königs das Schlimmste für den Sohn fürchtete. Keith, der nach England entflohen war, wurde in contumaciam zum Tode

verurteilt, der Leutnant Klatte, den die Kunde von dem Mißlingen der Flucht nicht erreicht hatte, mußte seine Mithilfe mit seinem Leben büßen. Aber den Prinzen einen Spruch zu fällen, weigerten sich die Offiziere des Kriegsgerichts standhaft, es gezieme ihnen als Untertanen nicht, über Vorfälle in der königlichen Familie zu erkennen. Jetzt erst nach all diesen Vorgängen waren die Widerstandskraft und der Trost des Kronprinzen gebrochen, Ergebung und Schwermut waren an deren Stelle getreten; daraufhin erklärte der König, er wolle Gnade für Recht ergehen lassen, Friedrich wurde der Regierung in Kistritz als Beamter zugewiesen, nachdem er Urfehde und Gehorsam geschworen hatte.

Damit endete das Drama von Steinsfurt. Der Aufenthalt des Königs in dem Dorfe während der Nacht war für die Bewohner etwas Außergewöhnliches, Interessantes gewesen. Die Vorgänge selbst blieben ihnen gewiß alle unbekannt, darum können wir wohl verstehen, daß der Chronist des Dorfes darüber schweigt.

W. Sigmund.

## Neues badisches Schriftgut

Von Hermann Erich Busse, Freiburg i. Br.

### Gedichte und Gedächtnis

„Heidelberg gilt als die am meisten besungene deutsche Stadt“, stellt H. A. Goldschmidt fest, indem er geistvoll und erschöpfend „Heidelberg als Stoff und Motiv der deutschen Dichtung“ behandelt. „Was bedeutete nun Heidelberg dem Erlebnis des Dichters? Heidelberg ist Berg-, Tal- und Flußlandschaft, ist historisches Denkmal (als Ort- und Schauplatz geschichtlicher Geschehnisse und als solcher durch Wissensereignisse betannt), ist Architekturdenkmal (durch Schloß- und Stadtbild), ist Bildungsdenkmal (als Universitäts- und Aufstiegsort schöpferischer Geister) und schließlich Gefühlsdenkmal (als Stadt studentischer Jugenderlebnisse)“. H. A. Goldschmidt, bekannt durch seine lebendigen, bei allen kritisch wägenden Ernst farbig und hinreichend geschriebenen Aufsätze über Dichtung und Dichter, führt auch hier in jedem Satze fest und ein höchst reizvolles und kulturreiches Stoffgebiet; denn wer konnte sich je dem Reiz der Heidelberger Romantiker entziehen? Freilich, beim Wissen um diese Hochblüte der Dichtkunst und geistvollsten Künstlerfreundschaften blieb es dann, aber Goldschmidt führt uns in großen Bewegungen in weit früher gelegene Blütezeiten hinein, in jene des Minnesanges und des Humanismus, jene des Barock und der Vorläufer, des Sturm- und Dranges und kommt über Goethe und Schiller zur Romantik. Ein Kapitel beschäftigt sich mit Schepflers Dichtung der Stadt, Heidelberg, wie es im historischen Roman erscheint, wird untersucht, die studentische Poesieliteratur und Belletristik eingehend beleuchtet und bis in den Fragenbereich der Neuzeit wird vorgezogen im Kapitel Heidelberg als Gegenwartsproblem der Literatur. Man erfährt viel Neues aus der Schrift, sieht manches mit anderen Augen an, kurzum, dieses Buch H. A. Goldschmidts wird allen, die sich mit badischer, ja mit deutscher Literaturgeschichte beschäftigen, eigentlich unentbehrlich sein, den anderen, den Freunden der schönen Stadt aber ein nicht minder wertvoller Führer in die innere Atmosphäre deutschen Wesens, das hier am Redar zwischen Traum und Wirklichkeit sich verdrängt. Erschienen bei Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10. Preis 6 RM.

Bei dieser Gelegenheit ist sehr am Platze, einmal die badische Leserschaft auf einen innerhalb der gelbrotgelben Grenzpfähle weit weniger als im deutschen Reich bekannten Dichter hinzuweisen, auf Karl Willy Straub, der 1880 in Karlsruhe geboren wurde und in manchem Betracht dem liebenswerten Heidelberg seine Kunst so blühend und fein schenkte, daß es wohl an der Zeit wäre, tiefer nach ihm hinzuhören. Alle seine Bücher, die schön geformten „Sonette“, die neuen Gedichte im Bande „Zwischen Gott und Welt“, seine empfindsame Tagebuchnovelle „Die Reise um Silbia“, erschienen im Verlag Weiser, Heidelberg, in gepflegtem Gewande. Als gepflegt ist überhaupt die ganze Haltung des Künstlers in seinen Dichtungen zu bezeichnen. Unausdrückliche Wortkunst, unausdrückliche, jedoch nicht blasse Farblosigkeit, gar, jedoch nicht zu überhörende Musikalität, machen alles, was er schrieb, reich, tief und schön. In seiner Novelle „Die Reise um Silbia“, ein tragisch erfülltes Liebeserlebnis im Banne der Banndämonie, werden wir durch Würzburg, die Stadt der Barockkunst, geführt, irren mit dem Flüchling vor der Liebe über Main, Redar und Rhein nach Straßburg, der Stadt der hohen Gotik und kommen schließlich in Heidelberg an, dem Ausgangspunkt und dem Endpunkt des wechselläufigen und glückhaften Wehs eines im innersten Sinne romantischen Schicksals. Karl Willy Straub, der übrigens durch Beschluß der Deutschen Schiller-Stiftung in Weimar eine Ehrenangehörigkeit erhielt, steht, wenn man schon zur Zeichnung seiner dichterischen Haltung einen Namen von bekanntem Range nennen will, in der Nähe von Emil Strauß.

Für Schule und Haus, zur Vertiefung von öffentlichen Festen und von stillen Abenden bei Freunden gleichermaßen brauchbar ist die Gedichtsammlung „Mein Badenland“ (Konkordia A.-G., Mühl/Baden), die A. Jäger und J. Willendorf zusammengestellt. Beide haben mit sicherem Gefühl für das wirklich Schöpferische und Bodenständige einer Dichtung aus dem großen Schatz, den wir in Baden besitzen, das — sagen wir einmal — Ansprechende ausgewählt, das, was den Lesern und Lesenden ans Herz geht. Sie haben sich dabei nicht blindlings an die Grenzen des Mutterlandes gehalten, sondern da und dort auch in die nicht minder geistreiche jüdische Nachbarschaft hineingehört. So entdeckt man auf dem ersten Blatt das schönste Heimatgedicht deutscher Muse der neueren Zeit, Hans Heinrich Ehlers ergreifendes „O Heimat, wir sind alle dein...“. Die Franken selber ihre Dichter vor, Heinrich Bierort, Josef Dürr, Wilhelm Kraft, die beiden letzteren in Mundartdichtung, wie auch den unermüßlichen Karl Gottfried Kader. Söberlins Sang auf Heidelberg, Schepflers Lieb Alt-Heidelberg fehlen nicht. Der neuzeitliche Nadel anderer Prägung ist Hanns Glückstein, sein „Menschenstadtgauer“ gehört zum Besten, was aus seiner unerschöpflichen Dichtkraft hervorgeblüht. Fein ist's, daß neben den altbekannten und allberühmten Namen die jungen Jungen badischer Dichtung gefunden, wie die des Friedrich Singer und des Friedrich

Roß. Der Alemannenfang in Mundart und Hochdeutsch ist nicht minder vollwertig vertreten, wozu zuvörderst Hebel und Gött, Burte und Berner Proben geben, ebenso Körber und Sättle. Vom See Sturm singt Emanuel von Bodman, auch Rainer Maria Rilke besingt den See; die Droste inbessen an Kraft und Leidenschaft und großer Schau erreicht keiner. Diese Gedichtsammlung, aus badischem Wesen gewachsen und erblickt, ist, so bescheiden sie sich äußerlich gibt, eine Tat aus Notwendigkeit geboren.

August Vanther, der fruchtbare und beliebte alemannische Mundartdichter und Volksschriftsteller, brachte im Bühnen-vollstündlichen „Klosterschuh“ heraus. Wir sind nicht gerade reich an guten Stücken für die Laienbühne und müssen jede über der flachen Masse der Viehhändlertheaterstücke sich erhebende Spieldichtung mit Freuden begrüßen. Vanthers „Klosterschuh“ als erster Band einer Sammlung neuer Dorfspiele, bereits in 4.—8. Auflage erschienen, wird gerne wegen seiner lustigen Handlung und natürlichen Heiterkeit aufgeführt, auch kommt ihm zugute, daß an Bühnenborrichtungen und sonstige Theaterdinge keine Ansprüche gemacht werden. Für gut aufgelegte und gewandte Spieler bleibt auch zwischen manche Gelegenheiten, einheimische Scherze einzufügen. (Buchpreis 1,50 RM., Malle 1,25 RM.)

Es sind zwei höchst erntet zu nehmende Gedichtbände in alemannischer Mundart hier anzugeben, von Richard Gäng Gedichte in oberalemannischer Mundart „Im Hohenwald“ und von Nathan Kap Gedichte in Elsäßbüsch, wie es im „Sundgäu“ gesprochen wird. Beide zeigen, so verschieden Haltung und Temperament sich darbieten, ein ernstes, reifes Können, eine naturhafte Beherrschung der Mundart, die beim Hohenwälder herb und wie aus hartem Holz gebauen erscheint, auch wie Gäng, der Volksschullehrer in Mannheim ist, in seinem Gedicht „Schwarzwaldbrosch“ schreibt: „s hätt Wörter drin wie Madäe Rai, so schwer um alt wie nießig Schtai“, aber „wie d'Rütt do schüchlich ein eifach sind, so ich u läß Schprooch e Ghind: wa umgheit un tuet gluttere, heißt eifach do e Guttere.“ Und im Gedicht „Wälderact“ heißt es: „Mer hän e schwäri Schprooch, ganz holbrig, bodenoch, doch müüßlets diinne fin und litz, wie fernz Engelnwiß.“ Natürlich ist Johann Peter Hebel Rate gestanden zu manchem Gedicht, Gäng stellt sein Erstlingswerk auch unter Hebels unbergängliches Geleitwort: „An us dr Heimt chunnt der Schii“, aber es ist so viel Eigenwuchs am Werden und so viel ursprüngliche Begabung, daß man mit Freude Gäng als neuen Mundartdichter und wohl als ersten von wirklicher Bedeutung in der Sprache des Hohenwaldes begrüßen darf, gespannt darauf, wie er sich künftighin entwickeln wird. Richard Gäng stammt aus Immenloch. Das geschmackvoll ausgestattete Bändchen erschien im Verlag G. Zimmermann, Waldshut.

„Sundgäu“, im Verlag Asatia, Colmar, herausgekommen, von Nathan Kap, gehört wohl zum Besten, was es an Mundartlyrik im Elsäß gibt, ja gehört den wenigen künstlerischen Mundartdichtungen des gesamten alemannischen Sprachbereichs an. Kap ist bereits anerkannt. Sein Sundgäu ist ein völlig ausgereiftes und prachtvolles Dokument des Elsäßischen in jeder Hinsicht, Geist und Seele, Mut und Sinne des Nachbarn überm Rhein, blühen und bekennen sich in diesen Versen, die Musik sind, breite Mollmelodie des Gefühls und der Selbstbestimmung: mehr dem Rhythmus als dem Reime gefällig, mehr dem Inhalt als der Form zu Dienste, daher bei aller schlichten volksgemäßen Ausdrucks- und Stoffwahl das Aufwachen einzelner Dichtungen zu umarmender Größe. Umschlagentwurf und Zeichnungen vor den einzelnen Teilen stammen von Henri Solven, Straßburg.

Auf weiteren Boden führt mit seinen köstlichen, in Konstanzer Mundart geschriebenen Geschichten aus Wubensjahren Berner Welle in seinem Bändchen „Konstanzer Fridtlin“, verlegt bei E. A. Schwarz, Konstanz. Es bietet, abgesehen von seiner ungekünstelten, dem Munde und der Seele der Ruben abgelagerten Darstellung, die unwiderstehlich zum Lachen reizt, eigener Sprachstreichere eingebent, eine Fundgrube mundartlicher Sprechweise der Seejäger für den Forscher. Auf jeden Fall muß jeder Konstanzer seine helle Freude an dem sprühenden Jugendübermut dieser Fridtlin haben. Das Bändchen ist mit einer Einbandzeichnung des Verfassers recht ansprechend ausgestattet.

## Eine Kaleschenammlung im Kastatter Schloß

In dem vom sogenannten Lürkenlouis um 1705 erbauten Schloß zu Kastatt, wurden die beiden im Erdgeschloß befindlichen Säle des Vestibül und die sala terrena, welche bislang als Durchgang dienten, in Stand gesetzt, und sollen dazu dienen eine Sammlung alter Kaleschen und Wägen aufzunehmen. Die farbige Handlung, welche unter Oberleitung von Ministerialrat Dr. Girsch in die Hände von Kunstmaler Metzger, Aberringen gelegt war, versteht es, mit Geschmack und Takt die festliche Wirkung zu steigern, und die prachtvollen Rocaillestuckaturen in diesen Sälen aufs wirkungsvollste zur Geltung zu bringen. Sie bilden jetzt ein Gegenstück zu der viel zu wenig beachtenden Schloßkapelle, welche im Detail, wie in der Gesamthaltung und in der gegebenen Materialpracht zu den besten süddeutschen Rokokos zu zählen ist.

## Der Schluchsee als Pflanzenschutzgebiet

Nachdem der Schluchsee durch die ausgedehnten Arbeiten beim Kraftwerksbau als Naturschutzgebiet für seltene und schutzbedürftige Pflanzen nicht mehr in Frage kommt, hat man einen neuen See gefunden, der als Pflanzenschutzgebiet sehr geeignet ist und den man eine ganze Fuhr von Wurzelwerk aus dem Schluchsee befeuchtet hat. Es ist dies der Schluchsee bei Grafenhausen, der sich im Privatbesitz der Frau v. Eneß befindet. Das Experiment der Verpflanzung seltener Gewächse ist voll gelungen. In diesem Jahre haben die Wurzelstöcke erstmals ausgeglichen und den schön gelegenen See mit prächtigen Wasserpflanzen belebt.

„Die Lebendige Stadt“. Zweimonatsschrift der Stadt Mannheim. 2. Heft, 3. Jahrgang, Verlag J. Benzheimer, Mannheim. Mit ihrer „Sparnummer“ bringt die Zeitschrift Aufsätze des Reichsparlamentarischen Dr. h. c. Saemisch, der auf Veranlassung der Stadtverwaltung die Mannheimer Verhältnisse prüfte, des Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. G. Heimerich über „Sinnvolles Sparen“, des Bibliotheksleiters Dr. Fraenger über die Mannheimer Bibliothekspolitik. Die Berichte die sich auf mehrere Seiten erstrecken, sind in diesem Heft besonders interessant. Neben den Mitteilungen fallen auch noch die „Gedanken über zwei Mannheimer Ausstellungen“, von Dr. Kayser besonders auf.

Druck G. Braun, Karlsruhe.